

16377/AB
Bundesministerium vom 18.01.2024 zu 16917/J (XXVII. GP)
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
sozialministerium.at

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.837.966

Wien, 8.1.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Nr. 16917/J des Abg. Lindner betreffend Pensionsansprüche für Opfer homophober Strafgesetze** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- *Gibt es zwischen dem Bundesministerium für Justiz und Ihrem Ressort bereits Verhandlungen hinsichtlich der Forderung nach einer beitragsfreien Anrechnung erlittener Haftzeiten der Opfer homophober Strafgesetze auf die Pension?*
 - a. *Wenn ja, in welchem Stadium sind diese Verhandlungen?*
 - b. *Wenn nein, sind in Zukunft derartige Termine Verhandlungen geplant?*
- *Gibt es in Ihrem Ressort bereits Vorarbeiten/Einschätzungen/Beurteilungen der Forderung nach einer beitragsfreien Anrechnung erlittener Haftzeiten der Opfer homophober Strafgesetze auf die Pension?*
 - a. *Wenn ja, bitte fügen Sie diese Ihrer Anfragebeantwortung bei.*
 - b. *Wenn nein, planen Sie derartige Vorarbeiten zukünftig in Auftrag zugeben?*

Vor dem Hintergrund der erst kürzlich unter Art. 7 des Budgetbegleitgesetzes 2024 beschlossenen Aufhebung von Verurteilungen aufgrund homophober Strafgesetzgebung

bin ich bestrebt, zeitnah Gespräche sowie entsprechende Vorarbeiten in die Wege zu leiten, um die Rehabilitation der betroffenen Personengruppen auch in meinem Zuständigkeitsbereich voranzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

